

In Österreich erfolgt die Alterssicherung vorrangig durch die gesetzliche Pensionsversicherung in einem beitragsfinanzierten Umlageverfahren. Betriebspensionen spielen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

In den kommenden Jahrzehnten wird es vor allem darauf ankommen, die zentralen neuen Herausforderungen zu bewältigen (Alterung der Gesellschaft; Flexibilisierung der Arbeit; Individualisierung der Lebensformen). Umlagefinanzierte und auf gezielten Solidarausgleich gestützte Alterssicherungssysteme bieten hierfür eine bessere Basis als kapitalgedeckte und stark individualisierte Modelle.

Die aktuellen Turbulenzen auf den Aktienmärkten zeigen erneut, dass kapitalgedeckte Systeme keineswegs mehr, sondern im Gegenteil weniger an Sicherheit bieten als das seit Jahrzehnten bewährte System der gesetzlichen Pensionsversicherung.

Klar ist, dass die Erhöhung des Altenanteils in der Zukunft zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Pensionen erfordern wird. Studien zeigen aber, dass ein erheblicher Teil der steigenden Kosten abgefangen werden kann durch richtige Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Erforderlich ist vor allem eine Verbesserung der Erwerbschancen der Frauen und der Älteren (Frauen und Männer). In welchem hohen Ausmaß die Pensionsquote von der Beschäftigungsentwicklung beeinflusst wird, zeigen Rechnungen des Wifo: Würde z. B. bis zum Jahr 2030 in Österreich ein Beschäftigungsniveau erreicht werden, wie es derzeit in den nordischen Staaten gegeben ist, so würde das bewirken, dass der Anstieg der Pensionsquote in den kommenden Jahrzehnten weniger stark ausfallen würde als in der Vergangenheit – und dass, obwohl der Altenanteil massiv ansteigt!

Unstrittig ist, dass das Pensionsrecht den neuen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden muss. Völlig verfehlt wäre es aber, die langfristige Alterssicherung allein durch Änderungen im Pensionsrecht herstellen zu wollen. Hierzu ist ein Hinausgehen über die Pensionspolitik im engeren Sinn erforderlich. Die Weiterentwicklung des Pensionsrechts ist ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Alterssicherung, mindestens ebenso wichtig sind aber eine richtige Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Bei Änderungen im Pensionsrecht muss in Zukunft mehr auf ausreichende Übergangsfristen geachtet werden. Nur so kann der Vertrauensschutz gewahrt und eine Verunsicherung vermieden werden.